

DIE

# PLATYPUS REVIEW

- deutschsprachige Ausgabe -



## KRITISCHE THEORIE UND ORTHODOXER MARXISMUS

Stefan Hain und Jan Schroeder

## VERBINDENDE KLASSENPOLITIK IN ZEITEN UNTERENTWICKELTER KÄMPFE

*Ein Interview mit Bernd Riexinger*

Salim A.

**WWW:**

## WAS IST DAS KRITISCHE AN DER KRITIK DER POLITISCHEN ÖKONOMIE?

*Eine Podiumsdiskussion mit  
Lars Quadfasel, Vera und  
Frieder Otto Wolf*

# 27

# KRITISCHE THEORIE UND ORTHODOXER MARXISMUS

von Stefan Hain und Jan Schroeder

Kaum ein Klischee über die Kritische Theorie erhält sich in so vielfältigen Formen wie die angebliche Absage an eine weltverändernde Praxis. Vom Elfenbeinturm oder der Veranda des berühmt-berüchtigten „Grand Hotel Abgrund“ aus habe die Frankfurter Schule, so etwa, um nur die alte Spielart dieser Kritik bei Georg Lukács zu nennen, zwar schonungslose Gesellschaftskritik geübt, zugleich aber eine revolutionäre Perspektive hin zu einer befreiten Welt ausgeschlossen.

Angesichts dessen sollte besonders die sogenannte *Diskussion über Theorie und Praxis* zwischen Theodor W. Adorno und Max Horkheimer, besser bekannt unter dem Titel „Die Küchengespräche“, irritieren. In dem Text diskutieren die Frankfurter die Möglichkeit, das *Kommunistische Manifest* – noch dazu im Hinblick auf die geschichtlichen Veränderungen „streng leninistisch“<sup>1</sup> – neu zu schreiben. Entsprechend wurde die englische Übersetzung mit dem nicht völlig unpassenden Titel „Towards a New Manifesto“ versehen.

Adorno bekennt in dem Gespräch: „Ich wollte immer versuchen das einzuholen, eine Theorie, die Marx, Engels und Lenin die Treue hält, aber auch andererseits nicht hinter die fortgeschrittenste Kultur zurückfällt.“<sup>2</sup> Für Horkheimer, der entgegnet: „Wer würde das nicht unterschreiben.“, scheint die marxistische Orientierung der Kritischen Theorie selbstverständlich, strittig ist nur, wie Marxismus in der gegebenen politischen Situation der Gespräche von 1956 sinnvoll vertreten werden könnte. Festhalten wollen beide an einem Marxismus, der nicht nur sagt „es ist schlecht“<sup>3</sup>, sondern gleichzeitig – durch Kritik – Bedingungen auslotet, unter denen eine revolutionäre Veränderung möglich würde.

Wie die Theorie zu einer umwälzenden Praxis beitragen könnte, bleibt Aufgabe der Theorie selbst. Oder, um es mit den Worten von Horkheimer zu sagen: „Wir müssen den Verlust der Partei so aktualisieren, dass wir gewissermaßen sagen, wir sind noch genauso schlimm wie früher, aber wir spielen auf dem Instrument, wie es heute gespielt werden muss.“<sup>4</sup> In den Jahren nach der Diskussion von 1956 arbeitet Adorno in Anlehnung an die *Kritik des Gothaer Programms* von Marx, die 1875 die Gründung der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands (SAP) kritisch kommentierte, an einer Kritik des Godesberger Programms der SPD, einer Kritik also an jenem Programm, mit dem die Partei sich 1959 endgültig vom

Marxismus distanzierte.

Zu dieser Kritik ebenso wie zu dem im Gespräch verhandelten Aufruf zu einer linkssozialistischen Partei ist es nie gekommen. Dennoch rückt das Verhältnis von Theorie und Praxis insbesondere in den 1960er-Jahren immer stärker in den Fokus der Kritischen Theorie. Adornos Hauptwerk *Negative Dialektik* von 1962 ebenso wie die kürzeren Essays *Marginalien zu Theorie und Praxis* und *Resignation* von 1969 reflektieren das historische Scheitern der Weltrevolution von 1917 bis 1923, ebenso wie das Ausbleiben des Marxismus in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg. Nach dem Scheitern der Revolution am Ende des Ersten Weltkrieges desintegriert die durch den Marxismus hergestellte revolutionäre Dialektik von Partei und Arbeiterklasse in ihre Bestandteile: Während die Partei zum Vehikel des Stalinismus wurde, ging die Arbeiterklasse in den Nationalsozialismus und Faschismus. Das revolutionäre Potenzial schlug geschichtlich um in die sich tatsächlich verwirklichende Konterrevolution.

An die Stelle einer unmittelbar politischen Intervention des orthodoxen Marxismus tritt die philosophische Intervention der *Negativen Dialektik* als Flaschenpost für eine unbestimmte Zukunft. Was aber hat diese philosophische Intervention mit dem orthodoxen Marxismus zu tun, was mit Lenin und der Partei der Avantgarde?

## „POSITIVE“ DIALEKTIK?

Zunächst, und das könnte irritieren, erscheint schon Hegels Dialektik als negative Dialektik, insofern Hegel Denken immer schon als einen Akt der Negation des Gegebenen versteht. Fakten, Tatsachen sind nur Namen für abstrakte Momente eines Prozesses, die gewaltsam isoliert wurden. In Wirklichkeit können sie nicht als Endpunkte, sondern nur als Durchgangsstadien verstanden werden.

Mit anderen Worten: Fakten heben sich auf in einem „Prozess, indem Subjekt und Objekt so eng miteinander verbunden sind, dass Wahrheit nur innerhalb der Subjekt-Objekt Totalität bestimmt werden kann“,<sup>5</sup> wie Marcuse in seinem Hegel-Buch *Vernunft und Revolution* schreibt. Normative Ansprüche sind bereits Teil dieses Subjekt-Objekt-Verhältnisses und kommen nicht von einem Außerhalb oder der Sphäre vermeintlich reiner Subjektivität, ebenso wie Fakten nicht losgelöst von der praktischen und theoretischen Aktivität menschlicher Subjektivität gedacht werden können.

Das Objekt enthält Subjektives, ebenso wie das Subjekt objektiv konstituiert ist – dialektisches Denken kritisiert damit ebenso das Alltagsbewusstsein wie den Objektivitätsbegriff der positivistisch orientierten Wissenschaften. Eine starre Scheidung zwischen Fakten und Normen lässt Dialektik nicht gelten. Da menschliches Bewusstsein durch seine Aktivität an der Produktion

des Objekts teilhat, erhebt sich aus dem Prozess immer schon immanent die Frage nach den Möglichkeiten des Werdens. Dieses Werden meint aber keinen abstrakten Prozess, sondern die vor sich gehende Selbsttransformation der Gesellschaft, durch die die Problematik von Theorie und Praxis selbst ins Zentrum der Philosophie rückt. Moderne Dialektik geht somit weit über den Allgemeinplatz, dass „alles seine zwei Seiten hat“, hinaus und gibt sich auch nicht mit Minimaldefinitionen wie der, die Dialektik als „mutuelle Vermitteltheit der Gegensatzpaare“ verstanden wissen will, zufrieden.

Für Hegel entspringt die ganze Notwendigkeit, dialektisch zu denken, aus einem internen Widerspruch von Sache und Begriff, von Subjekt und Objekt. Was den Prozess antreibt, ist keine externe dritte Entität, sondern der Widerspruch der Gegensatzpaare selbst. Das Sein oder Objekt ist dem Subjekt nie angemessen, oder, um es auf Hegeldeutsch zu sagen: beide sind nicht-identisch. Hegels Philosophie gilt als bürgerliche Philosophie par excellence. Sie erfindet das Rad nicht neu, sondern fasst lediglich die bisherige Erfahrung der Epoche der bürgerlichen Revolutionen und der radikalen bürgerlichen Philosophen selbstbewusst zusammen.

Diese Erfahrung ist wesentlich eine von der Widersprüchlichkeit der Welt: Schon Kants ewiger Frieden verwirklicht sich durch Krieg, aus Unfreiheit wird Freiheit; Mandevilles „public Benefits“ entstehen durch „private Vices“; Adam Smiths harmonische Aufwärtsspirale des Wohlstands der Nationen vollzieht sich durch die Erfahrung der Entfremdung der eigenen Arbeit, die sich durch die undurchsichtigen Gesetze des Warentausches auf dem Markt, die „unsichtbare Hand“, in den Wohlstand aller verwandelt; Rousseaus Volonté générale wirkt als Produkt der sich gegenseitig selbstaufhebenden Einzelinteressen der Individuen und schließlich wirkt auch Hegels Weltgeist über die egoistischen Leidenschaften und selbst skandalös-unmoralischen Exzesse derjenigen Individuen, die den Weltgeist repräsentieren. Kurz: Die bürgerliche Welt widerspricht sich. Dialektik heißt das Denken, das sich dem realen dialektischen Widerspruch der Welt anpasst. Dialektik ist also weder eine Methode noch eine Ideologie oder Weltanschauung, die ihren Gegenstand nur im Licht einer bestimmten Absicht betrachtet.

Die Philosophie von Hegel wie von Kant gründet sich auf eine produktive Spannung der Gegensatzpaare. Diese Spannung sollte spekulativ zur Aufhebung des Gegensatzes treiben – insofern lässt sich bei Hegel und auch schon bei Kant von einer positiven Dialektik sprechen: In ihr geht es nicht nur um die mutuelle Vermittlung der Gegensatzpaare Subjekt und Objekt, sondern um einen Prozess der gegenseitigen Annäherung und Steigerung: Ein Schritt der Aufklärung ermöglicht und bedingt den nächsten: Kant beschreibt seine Gegenwart als „Zeitalter der Aufklärung“, nicht als „aufgeklärtes Zeitalter“,<sup>6</sup> während Hegel ihm nachfolgend mit dem Begriff des

Geistes eine Gesellschaft beschreibt, die sich aus innerer Freiheit zur äußeren Freiheit selbsttransformiert. Das Subjekt bearbeitet das Objekt und stößt damit die eigene Veränderung an, in deren Verlauf es ein immer akutes Selbstbewusstsein seiner selbst wie des Objekts bzw. des Widerspruchs zwischen beiden erlangt. Weil die Fähigkeit von Gesellschaft, sich zu verändern, so mit der Kapazität die Gesellschaft zu erkennen vermittelt ist, legt Hegel die Emphase geschichtlichen Fortschritts auf das Bewusstsein und nicht auf objektiven Fortschritt: Geschichte als Fortschritt im Bewusstsein der Freiheit.

### VOM WIDERSPRUCH ZUM SELBSTWIDERSPRUCH: NEGATIVE DIALEKTIK

Wie ist nun die Dialektik bei Marx zu verstehen? Wenn Marx und Engels und später auch Georg Lukács in *Geschichte und Klassenbewusstsein* davon sprechen, mit Hegel die dialektische Methode gegen das System Hegels zu wenden, so sollte „Methode“ hier ebenfalls nicht mit einem epistemologischen Verfahren oder einer wissenschaftlichen Methode im traditionellen Sinne verwechselt werden. Wie schon bemerkt, befasst sich Dialektik mit der realen gesellschaftlichen Transformation, die sich vor unseren Augen, durch unser Tun, aber nicht notwendig bewusst vollzieht.

Nun müssen wir unterscheiden zwischen der vorindustriellen bürgerlichen Ära, die Marx als Epoche der Kooperation und der Manufaktur kennzeichnet und der späteren Krise der bürgerlichen Gesellschaft im Kapitalismus, die Marx als Epoche der Industrie ausweist. Die positive Dialektik von Kant und Hegel verkehrt sich. Eine negative oder kritische Konzeption wird notwendig. Und mit ihr eine neue Konzeption des Theorie-Praxis-Verhältnisses. Eben diese Notwendigkeit erfüllt der Marxismus bzw. die negative Dialektik des Marxismus, den Adorno später versuchen würde zu retten.

Hier ist ein kleiner Ausflug in Marxens Kritik der politischen Ökonomie notwendig, um zu klären, was Marx mit dem von ihm festgestellten Widerspruch zwischen den bürgerlichen Produktionsverhältnissen und den industriellen Produktivkräften meint. Bürgerliche Produktionsverhältnisse sind soziale Beziehungen, die auf Arbeit beruhen, in denen die Individuen an der Gesellschaft durch den Verkauf entweder direkt von Arbeitsprodukten oder ihrer eigenen Ware Arbeitskraft, also durch Lohnarbeit, teilhaben. Wie Adam Smith mit seinem berühmten Beispiel der Nadelfabrik versucht hat zu zeigen, hängt aller Fortschritt dieser Gesellschaft am Einsatz menschlicher Arbeitskraft in effizienter Kooperation: Wenn ein Arbeiter die Nadel spitzt, ein anderer den Nadelkopf hämmert, wieder ein anderer das Endprodukt zusammensetzt usw., vervielfacht sich die Produktivität aller.

Schon Adam Smith ging jedoch auch von einem tendenziellen Fall der Profitrate aus, da aller Profit in einer Gesellschaft, die keinen anderen Produktionsfaktor

kennt außer menschliche Arbeitskraft, auch nur in diese rückinvestiert werden kann. Verstärktes Investment in Arbeit unter sonst gleichbleibenden Bedingungen erhöht die Nachfrage nach Arbeit, erhöht so ihren Preis und schmälert so tendenziell den Profit des Kapitalisten. Für die Arbeiterklasse hätte das zur Folge, dass die Verhandlungsmacht ihrer ganzen Klasse gegenüber dem Kapital zunimmt. Jeder Produktivitätsfortschritt ihrer Arbeit wäre ein Gewinn für die Arbeiter und die gesamte Gesellschaft, die mehr Waren zur Verfügung hätte.

Mit der Einführung der industriellen Technik jedoch beruht die Gesellschaft nicht mehr ausschließlich auf dem Einsatz menschlicher Arbeit. Das wichtigste Produkt der industriellen Revolution – die Maschine und der Einsatz von Wissenschaft und Technik im Produktionsprozess (Marx nennt das den „general Intellect“) – überholt im Laufe der Zeit die Produktivität menschlicher Arbeit und eliminiert den Arbeiter zunehmend aus der Produktion.

Da die technische Einrichtung der Produktion vom Kapital eingeführt und geformt wurde, um den Profit zu erhöhen, wurden „anstatt der Arbeit die Arbeiter überflüssig gemacht“, wie Max Horkheimer einmal ironisch bemerkte.<sup>7</sup> Die menschliche Arbeit wird fortschreitend in absolutem und nicht nur relativem Maßstab aus der Produktion entfernt. Die fortgesetzte Akkumulation und Konzentration des Kapitals führen zu einer Krise des Werts der Lohnarbeit. Arbeit ist immer schwerer zu bekommen in einer Gesellschaft, die auf Arbeit beruht.

Der Widerspruch des bürgerlichen Tausches, der sich nach Gesetzen von Angebot und Nachfrage gestaltet, deren Wechselfälle für den Einzelnen nicht zu durchschauen sind, sich durch die oben angesprochene „unsichtbare Hand“ vollzieht und von Hegel als entfremdet charakterisiert wird, modifiziert sich erheblich. In der industriellen Phase wird der potenziell harmonische Widerspruch der bürgerlichen Gesellschaft zum fatalen Selbstwiderspruch: Die Gesellschaft der Arbeit untergräbt ihre eigene Grundlage, den Wert der Ware Arbeitskraft, und muss, um zu überleben, im Dauerkrisenmodus politisch gegen den Wertverfall ankämpfen: Hieran knüpfen für Marx alle Staatsintervention, alle Fabrikgesetze, Arbeitsbeschaffung und alle Klassenkompromisse an, die dem Erhalt einer Gesellschaft dienen, die auf anachronistische Weise auf der Lohnarbeit beruht.

Doch kehren wir zur philosophischen Terminologie zurück: Das Subjekt transformiert in dieser kapitalistischen Gesellschaft das Objekt zwar immer noch, nur auf eine Art und Weise, die die eigene Existenz des Subjekts untergräbt. Ein Element der Freiheit tritt durch seine Verwirklichung in Widerspruch mit einem anderen Element der Freiheit. Fortschritt ist verschwistert mit Regress. Das Objekt erscheint nun nicht mehr nur als getrennt, gegensätzlich zum Subjekt und von diesem

entfremdet (im Sinne von Hegel), sondern als feindselig und widersprechend.

Die marxistischen Kategorien, und darin besteht das wesentliche Anliegen der „negativen“ Dialektik bei Marx, sind insofern keine positiven Kategorien, keine Zustandsbeschreibungen, keine gegebenen Tatsachen: Gebrauchswert und Tauschwert, relativer und absoluter Mehrwert, konstantes und variables Kapital, Überbau und Basis, Arbeiterklasse (an sich) und Proletariat (für sich) stellen nicht mehr nur zwei Seiten einer Sache dar, sondern repräsentieren einen Selbstwiderspruch.

Während die Arbeiterbewegung im 19. Jahrhundert ihre Forderungen auf Adam Smith gründete – der französische Anarchist Proudhon beispielsweise anerkannte nur drei Autoritäten: Hegel, Adam Smith und die Bibel – und den gerechten Wert der Arbeit forderte, stand diese Forderung längst im Konflikt mit der Bedeutung des „general Intellect“, der den Wert der Arbeit schmälert und tendenziell sogar gegen null gehen lässt. Effektive Forderungen nach dem gerechten Wert der Arbeit verschärfen den Selbstwiderspruch der Gesellschaft, indem sie das Kapital dazu zwingen, weiter Arbeit durch Maschinen (bzw. allgemeiner den „general Intellect“) zu ersetzen und so letztendlich den Wert der Arbeit weiter drücken. Somit ist das Problem nicht primär, dass die Forderung nach gerechtem Lohn rein Kapitalismus-immanent oder reformistisch ist.

Die orthodoxen Marxisten der Zweiten Internationale waren keine Gegner von Reformen, sondern wiesen darauf hin, dass Reformen die Krise der bürgerlichen Gesellschaft verschärfen und die Notwendigkeit einer politischen Intervention – entweder durch die Machtübernahme des Proletariats, die auf eine Politik zielen würde, das Proletariat samt seines Selbstwiderspruchs aufzuheben oder durch ein autoritäres kapitalistisches Regime – verstärken würde.

In einer durchweg proletarisierten Gesellschaft muss sich jede Herrschaft auch und wesentlich auf die Arbeiterklasse stützen. Auch die Rackets der kapitalistischen Parteien appellieren in demagogischer Weise an das tradeunionistische Interesse der Arbeiter am „gerechten Wert der Arbeit“, um sie für ihren Machterhalt einzuspannen. Die Frage ist daher nicht, ob es eine Partei braucht oder nicht. Unter den Bedingungen des Selbstwiderspruchs des Interesses des Proletariats ist die Frage vielmehr, wer die Klasse als Partei organisiert: das Kapital und seine kleinbürgerlichen Verbündeten oder eine marxistische Linke. Die marxistische Einsicht von der Notwendigkeit einer revolutionären sozialistischen Partei ist insofern weder politisch naiv noch eine Art pragmatischer Kniff. Sie ist vielmehr das wichtigste Resultat von Marx' Kritik der politischen Ökonomie. Nur von diesem Standpunkt können nun auch die Äußerungen von Adorno und Horkheimer in der *Diskussion über Theorie und Praxis* richtig verstanden werden.

## KRITISCHE THEORIE UND „DIE“ PARTEI

Die Emphase auf das Negative der Dialektik bei Adorno gründet nicht nur auf dem Wandel der Dialektik von Hegel zu Marx. Ein weiteres Moment kommt hinzu: „der Verlust der Partei“, wie es im *Gespräch über Theorie und Praxis* heißt. Ihr Marxismus selbst wird negativ, insofern nicht positiv auf eine realexistierende marxistische Partei verwiesen werden kann, die es aus Sicht der Frankfurter in ihrer Gegenwart nicht mehr gibt. Zugleich jedoch ist ihr Problem nicht nur „der Verlust der Partei“, sondern ebenso die „Existenz der Partei“:

Es geht nicht, dass man zu einer linkssozialistischen Partei aufruft. Eine solche Partei würde heute entweder von den Kommunisten ins Schlepptau genommen oder erlitte das Schicksal der SPD oder der Labor Party. Es ist keine politische Frage, dass es keine Partei gibt,<sup>8</sup>

sagt Adorno in dem Gespräch. Der Zustand der „versperrten Praxis“ erklärt sich also durch die gesellschaftlich-institutionelle Macht der existierenden Parteien sozialdemokratischer und stalinistischer Prägung, in deren Gravitationszentrum die Arbeiterklasse institutionell – man denke an den Wohlfahrtsstaat und den „realexistierenden“ Sozialismus – und ideologisch gefangen war. Dieser Zustand ist selbst widersprüchlich, fragil und damit nur eine vorübergehende geschichtliche Phase, eine „Atempause“, in der die Verhältnisse wie eingefroren seien, wie Adorno sagt.

## ÜBER DAS VERHÄLTNISS VON MARXISMUS UND GESCHICHTE

Wir kennen nur eine einzige Wissenschaft, die Wissenschaft der Geschichte. Die Geschichte kann von zwei Seiten aus betrachtet, in die Geschichte der Natur und die Geschichte der Menschen aufgeteilt werden. Beide Seiten sind indes nicht zu trennen; solange Menschen existieren, bedingen sich Geschichte der Natur und Geschichte der Menschen gegenseitig.<sup>9</sup>

Dieses Zitat von Friedrich Engels ist keine Philosophie der Geschichte, auch wenn es philosophische Elemente enthält. Der Mensch schafft Gesellschaft, um sich seiner inneren und äußeren Natur im Kampf ums Überleben zu bemächtigen. Dabei reproduziert die Menschheit erneut naturhafte Umstände, eine zweite gesellschaftliche Natur.

Das Zitat beschreibt das politische Programm des Marxismus in Bezug auf die Objekte seiner Kritik: einerseits Kapitalismus, den destruktiven Widerspruch, in den Gesellschaft geraten war. Andererseits die Arbeiterbewegung für Sozialismus, die diesen Widerspruch überwinden wollte. Für Marx und Engels konnte dieser Versuch aber nur gelingen, wenn die Sozialistinnen und

Sozialisten begriffen, mit welcher Art von Problem und Aufgabe sie es zu tun hatten. Das heißt, welcher Art das geschichtlich-politische Problem war, und was der Zweck des Kampfes für den Sozialismus bedeute.

Und so schrieb Karl Marx 1852 in einem Brief an Joseph Weydemeyer:

Was mich nun betrifft, so gebührt mir nicht das Verdienst, weder die Existenz der Klassen in der modernen Gesellschaft noch ihren Kampf unter sich entdeckt zu haben. Bürgerliche Geschichtsschreiber hatten längst vor mir die historische Entwicklung dieses Kampfes der Klassen, und bürgerliche Ökonomen die ökonomische Anatomie derselben dargestellt. Was ich neu tat, war 1. nachzuweisen, daß die Existenz der Klassen bloß an bestimmte historische Entwicklungsphasen der Produktion gebunden ist; 2. daß der Klassenkampf notwendig zur Diktatur des Proletariats führt; 3. daß diese Diktatur selbst nur den Übergang zur Aufhebung aller Klassen und zu einer klassenlosen Gesellschaft bildet.<sup>10</sup>

Es war die von den Bolschewiki geführte Oktoberrevolution von 1917, durch welche Lenin und Leo Trotzki den Beginn einer internationalen Diktatur des Proletariats entzünden wollten und die den bürgerlichen Denker Georg Lukács zum Marxisten machte. Vorausgegangen war dieser Revolution die Zustimmung der SPD, der größten Sektion der Zweiten Internationale, der internationalen sozialistischen Arbeiterpartei, zu den Kriegskrediten für den Ersten Weltkrieg am 4. August 1914. Diesen Verrat am Programm internationaler Solidarität der Arbeiterklasse bezeichnete Karl Korsch 1923 in *Marxismus und Philosophie* als die „entscheidende Krise des Marxismus, in der wir uns noch heute befinden.“<sup>11</sup>

In *Geschichte und Klassenbewusstsein* versuchte Lukács, in philosophischer Terminologie zu erläutern, was die praktischen Erkenntnisse dieser Krise und der daraus erwachsenen revolutionären Bestrebungen von Marxisten wie Lenin und Luxemburg gewesen seien.

Im Aufsatz *Was ist orthodoxer Marxismus?* schrieb Lukács im Rückgriff auf die politischen Diskussionen innerhalb der Zweiten Internationale:

Bei der großen Uneinigkeit, die auch im „sozialistischen“ Lager darüber zu herrschen schien, welche Thesen die Quintessenz des Marxismus ausmachen, welche also kritisiert oder gar verworfen werden „dürfen“, ohne das Anrecht darauf zu verlieren, als „orthodoxer“ Marxist zu gelten, kam es immer „unwissenschaftlicher“ vor, statt sich „unbefangen“ der Erforschung von „Tatsachen“ hinzugeben, Sätze und Aussagen älterer, von der modernen Forschung teilweise „überholter“ Werke wie Sätze der Bibelscholastik auszulegen, in ihnen und nur in ihnen einen Born der Wahrheit zu suchen.<sup>12</sup>

Lukács fuhr fort:

[A]ngenommen – wenn auch nicht zugegeben –, die neuere Forschung hätte die sachliche Unrichtigkeit sämtlicher einzelnen Aussagen von Marx einwandfrei nachgewiesen, so könnte jeder ernsthafte „orthodoxe“ Marxist alle diese neuen Resultate bedingungslos anerkennen, sämtliche einzelnen Thesen von Marx verwerfen – ohne für eine Minute seine marxistische Orthodoxie aufgeben zu müssen. Orthodoxer Marxismus bedeutet also nicht ein kritikloses Anerkennen der Resultate von Marx' Forschung, bedeutet nicht einen „Glauben“ an diese oder jene These, nicht die Auslegung eines „heiligen“ Buches. Orthodoxie in Fragen des Marxismus bezieht sich vielmehr ausschließlich auf die Methode. Sie ist die wissenschaftliche Überzeugung, daß im dialektischen Marxismus die richtige Forschungsmethode gefunden wurde, daß diese Methode nur im Sinne ihrer Begründer ausgebaut, weitergeführt und vertieft werden kann. Daß aber alle Versuche, sie zu überwinden oder zu „verbessern“ nur zur Verflachung, zur Trivialität, zum Eklektizismus geführt haben und dazu führen mußten.<sup>13</sup>

Ebenso wie Lukács in *Geschichte und Klassenbewusstsein*, versuchte Karl Korsch in *Marxismus und Philosophie* die theoretische Bedeutung der Politik Lenins und Luxemburgs zu fassen, die aus der Krise der Zweiten Internationale erneut einen revolutionären Funken geschlagen und somit die Hoffnung auf eine emanzipierte, freie Gesellschaft, Sozialismus, am Leben erhalten hatten.

Die wissenschaftliche Methode, von der Lukács spricht, definiert Korsch als

vier verschiedene Bewegungen – die revolutionäre Bewegung des Bürgertums; die idealistische Philosophie von Kant bis Hegel; die revolutionäre Klassenbewegung des Proletariats; die materialistische Philosophie des Marxismus – als vier Momente eines einheitlichen geschichtlichen Entwicklungsprozesses.<sup>14</sup>

Der wissenschaftliche Sozialismus, Marxismus, ist für Korsch der theoretisch formulierte „allgemeine[] Ausdruck der selbständigen revolutionären Klassenbewegung des Proletariats“.<sup>15</sup> Korsch zitiert in diesem Zusammenhang aus dem *Kommunistischen Manifest*: „Die theoretischen Sätze der Kommunisten sind nur allgemeine Ausdrücke tatsächlicher Klassenverhältnisse eines existierenden Klassenkampfes, einer vor unseren Augen vor sich gehenden geschichtlichen Bewegung.“<sup>16</sup>

Korsch beschreibt, dass orthodoxe Marxisten der Zweiten Internationale in Bereichen der Theorie „viele Jahrzehnte lang getan haben, als läge hier überhaupt kein Problem vor oder doch nur ein solches, dessen Klärung für die

Praxis des Klassenkampfes gleichgültig wäre und auch immer bleiben müßte.“<sup>17</sup>

Doch laut Korsch waren diese Fragen, unabhängig davon, ob Marxistinnen und Marxisten dies für wünschenswert hielten, durch den Ersten Weltkrieg und die Russischen Revolutionen wieder auf die Tagesordnung gesetzt worden.

Korsch weigerte sich, die Krise des Marxismus durch Dummheit oder Bosheit von Einzelnen oder beteiligten Gruppen zu erklären. Stattdessen meinte Korsch:

[W]ir müssen sämtliche formellen und inhaltlichen Um-, Weiter- und Rückbildungen d[er] marxistischen Theorie seit ihrer ursprünglichen Entstehung aus der Philosophie des deutschen Idealismus als notwendige Produkte ihrer Zeit zu begreifen suchen (Hegel), oder, genauer gesprochen, sie begreifen in ihrer Bedingtheit durch die Totalität desjenigen geschichtlich-gesellschaftlichen Prozesses, dessen allgemeinen Ausdruck sie bilden (Marx).<sup>18</sup>

Als einen der ersten Höhepunkte dieser theoretischen Kritik der Bedingungen und ihrer Überwindung benennt Korsch das *Kommunistische Manifest* von Marx und Engels.

Etwa vier Jahre bevor Korschs *Marxismus und Philosophie* erschien, hielt Rosa Luxemburg auf dem Gründungsparteitag der KPD eine Rede mit dem Titel *Unser Programm und die politische Situation*, in der sie sich auf die Aktualität eben jenes *Kommunistischen Manifests* bezog:

Das Kommunistische Manifest behandelte den Sozialismus, die Durchführung der sozialistischen Endziele, wie Sie wissen, als die unmittelbare Aufgabe der proletarischen Revolution. Es war die Auffassung, die Marx und Engels in der Revolution von 1848 vertraten und als die Basis für die proletarische Aktion auch im internationalen Sinne betrachteten. Damals glaubten die beiden und mit ihnen alle führenden Geister der proletarischen Bewegung, man stände vor der unmittelbaren Aufgabe, den Sozialismus einzuführen; es sei dazu nur notwendig, die politische Revolution durchzusetzen, der politischen Gewalt im Staate sich zu bemächtigen, um den Sozialismus unmittelbar zu Fleisch und Blut zu machen. [...]

Zwischen der Zeit, wo jenes [Kommunistische Manifest] als Programm aufgestellt wurde, und dem heutigen Moment liegen 70 Jahre kapitalistischer Entwicklung, und die historische Dialektik hat dahin geführt, daß wir heute zu der Auffassung zurückkehren, die Marx und Engels nachher als irrtümliche aufgegeben hatten. Sie hatten sie mit gutem Grunde damals als eine irrtümliche aufgegeben. Die Entwicklung des Kapitals, die inzwischen vor sich gegangen ist, hat uns dahin gebracht, daß das, was damals Irrtum war, heute Wahrheit geworden ist; und heute ist unmittelbare Aufgabe, das zu erfüllen, wovor

Marx und Engels im Jahre 1848 standen. Allein zwischen jenem Punkte der Entwicklung, dem Anfange, und unserer heutigen Auffassung und Aufgabe liegt die ganze Entwicklung nicht bloß des Kapitalismus, sondern auch der sozialistischen Arbeiterbewegung und in erster Linie derjenigen in Deutschland als des führenden Landes des modernen Proletariats. Die Entwicklung hat in einer eigenartigen Form stattgefunden. Nachdem von Marx und Engels nach den Enttäuschungen der Revolution von 1848 der Standpunkt aufgegeben wurde, daß das Proletariat unmittelbar, direkt in der Lage sei, den Sozialismus zu verwirklichen, entstanden in jedem Lande sozialdemokratische, sozialistische Parteien, die einen ganz anderen Standpunkt einnahmen. Als unmittelbare Aufgabe wurde erklärt der tägliche Kleinkampf auf politischem und wirtschaftlichem Gebiete, um nach und nach erst die Armeen des Proletariats heranzubilden, die berufen sein werden, wenn die kapitalistische Entwicklung heranreift, den Sozialismus zu verwirklichen. Dieser Umschwung, diese völlig andere Basis, auf die das sozialistische Programm gestellt wurde, hat namentlich in Deutschland eine sehr typische Form erhalten. [...]

Parteienossen, ich gehe auf die Fragen ein nicht aus bloßem historischen Interesse, sondern es ist eine rein aktuelle Frage und eine historische Pflicht, die vor uns steht, indem wir unser Programm heute auf den Boden stellen, auf dem einst 1848 Marx und Engels standen.<sup>19</sup>

Korsch lehnte für die politische Tendenz, die Lenin und Luxemburg für ihn verkörperten, den Titel einer „Wiederherstellung des Marxismus“ oder einer „Rückkehr zum wahren Marxismus“ ab. Was Lenin und Luxemburg stattdessen geleistet hätten, sei

die durch die praktischen Bedürfnisse der neuen revolutionären Periode des proletarischen Klassenkampfes geforderte Befreiung von jenen hemmenden Traditionen des sozialdemokratischen Marxismus [...], die heute „wie ein Alp“ auf dem Gehirn auch derjenigen Arbeitermassen lasten, deren objektiv revolutionäre ökonomische und gesellschaftliche Lage mit diesen evolutionären Doktrinen schon längst nicht mehr übereinstimmt.<sup>20</sup>

Etwa 90 Jahre nach Lukács und Korsch schreibt Chris Cutrone in *Adornos „Leninismus“*:

Für Adorno bedeutete dies, dass der Kampf zur Überwindung der Herrschaft des Kapitals über die Gesellschaft nicht bloß der Klassenkampf der Arbeiter gegen die Kapitalisten war, sondern darüber hinausging. Es ging nicht nur um ihre Ausbeutung. Die sozialen Subjekte waren nämlich nicht bloß Produkte ihrer Klassenposition, sondern vielmehr determinierte die bürgerliche Gesellschaft unter der Herrschaft des Kapitals alle ihre Subjekte in einem historischen Zusammenhang der Unfreiheit. Klassenpositionen waren lediglich ein Ausdruck der Struktur dieser universalen Unfreiheit. So

schrrieb Horkheimer in „Der kleine Mann und die Philosophie der Freiheit“: „Im Sozialismus soll die Freiheit verwirklicht werden. Die Vorstellungen darüber pflegen um so weniger klar zu sein, als doch das gegenwärtige System den Namen der ‚Freiheit‘ trägt und als liberales angesehen wird.“<sup>21</sup>

Horkheimer betont in diesem Text, die Interessen „des kleinen Mannes“ verwiesen ihn „auf die marxistische Erhellung des Begriffs der Freiheit“.<sup>22</sup>

Cutrone fährt in *Adornos „Leninismus“* fort mit der Frage nach dem geschichtlichen Ursprung der Unfreiheit:

Im Verlauf des Marxismus im 20. Jahrhundert wurde eine [...] Erhellung dessen, was eine progressiv-emanzipatorische Herangehensweise an das Problem des Kapitals konstituieren würde, abgeschnitten. Daher wurde es zunehmend schwierig, die „Ursprünge“ der fortdauernden sozialen Bedingungen der Unfreiheit „ans Tageslicht zu bringen“. In vielerlei Hinsicht war die Krise des Marxismus als eine Funktion der revolutionären Nachwirkungen des Ersten Weltkrieges nicht überwunden, sondern verstärkt, wodurch sich die Krise der Menschheit vertiefte.<sup>23</sup>

Die Kritische Theorie der Frankfurter Schule sah sich mit der Fortsetzung der von Korsch beschriebenen Krise des Marxismus unter neuen Vorzeichen konfrontiert. Adorno und sein Freund und Mentor Walter Benjamin gaben an, durch die Lektüre von Georg Lukács' *Geschichte und Klassenbewusstsein* zu Marxisten geworden zu sein.

Walter Benjamin griff die von Luxemburg, Lenin, Korsch und Lukács formulierten Probleme und Aufgaben in seinen Thesen *Über den Begriff der Geschichte* aus dem Jahre 1940 erneut auf:

Vergangenes historisch artikulieren heißt nicht, es erkennen „wie es denn eigentlich gewesen ist“. Es heißt, sich einer Erinnerung bemächtigen, wie sie im Augenblick einer Gefahr aufblitzt. Dem historischen Materialismus geht es darum, ein Bild der Vergangenheit festzuhalten, wie es sich im Augenblick der Gefahr dem historischen Subjekt unversehens einstellt. Die Gefahr droht sowohl dem Bestand der Tradition wie ihren Empfängern. Für beide ist sie ein und dieselbe: sich zum Werkzeug der herrschenden Klasse herzugeben. In jeder Epoche muß versucht werden, die Überlieferung von neuem dem Konformismus abzugewinnen, der im Begriff steht, sie zu überwältigen.<sup>24</sup>

Benjamin fasste historischen Materialismus als dialektische Theorie: Sie hebt ein Bild der Vergangenheit ins Bewusstsein, um im Moment der Gefahr den nächsten Schritt machen zu können. Doch dafür muss „sich einer Erinnerung bemächtigt[t]“ werden. Unmittelbare Identifikation der aktuellen Situation mit der Erinnerung würde historischen Materialismus und dessen Vertreter „zum Werkzeug der herrschenden Klasse“ machen. Es gibt keine

revolutionäre Theorie, die ein Gelingen in der Praxis garantieren könnte. Das Bild der Vergangenheit muss kritisch betrachtet und „gegen den Strich“ gelesen werden.<sup>25</sup>

Benjamin versuchte, die Verdinglichung des Marxismus in der Zweiten Internationale als Ausgangspunkt für eine kritische Neuaneignung des Marxismus nutzbar zu machen, sich der „Erinnerung zu bemächtigen“. In der dreizehnten These zitiert Benjamin den Hausphilosophen der SPD, Josef Dietzgen, um die geschichtliche Essenz des metaphysischen Begriffs des Fortschritts genauer zu untersuchen:

„Wird doch unsere Sache alle Tage klarer und das Volk alle Tage klüger.“

- Josef Dietzgen, *Sozialdemokratische Philosophie*

Die sozialdemokratische Theorie, und noch mehr die Praxis, wurde von einem Fortschrittsbegriff bestimmt, der sich nicht an die Wirklichkeit hielt, sondern einen dogmatischen Anspruch hatte. Der Fortschritt, wie er sich in den Köpfen der Sozialdemokraten malte, war, einmal, ein Fortschritt der Menschheit selbst (nicht nur ihrer Fertigkeiten und Kenntnisse). Er war, zweitens, ein unabschließbarer (einer unendlichen Perfektibilität der Menschheit entsprechender). Er galt, drittens, als ein wesentlich unaufhaltsamer (als ein selbsttätig eine grade oder spiralförmige Bahn durchlaufender). Jedes dieser Prädikate ist kontrovers, und an jedem könnte die Kritik ansetzen. Sie muß aber, wenn es hart auf hart kommt, hinter all diese Prädikate zurückgehen und sich auf etwas richten, was ihnen gemeinsam ist. Die Vorstellung eines Fortschritts des Menschengeschlechts in der Geschichte ist von der Vorstellung ihres eine homogene und leere Zeit durchlaufenden Fortgangs nicht abzulösen. Die Kritik an der Vorstellung dieses Fortgangs muß die Grundlage der Kritik an der Vorstellung des Fortschritts überhaupt bilden.<sup>26</sup>

Mit dieser These kehrt Benjamin zurück zum einführenden Zitat von Friedrich Engels, dass er und Marx nur eine Wissenschaft kannten: die der Geschichte. Benjamin verwirft nicht die Idee des Fortschritts, sondern versucht, die Idee des Fortschritts über ihre eigenen Grenzen und Hindernisse hinaus zu treiben, indem er sie kritisiert. Dabei betont er, dass Theorie keine autonome Existenz besitzt, sondern Ausdruck der praktischen Potenziale der Transformation und Umwälzung der Wirklichkeit sind.

Benjamin sah im Grauen des Ersten Weltkriegs eine kosmologische Transformation. Darin käme zur Anschauung, welche Potenziale zur Transformation Gesellschaft in sich trage. Eine Transformation des Verhältnisses des Menschen zu sich, zu anderen Menschen, zu seiner Arbeit und auch zur inneren und äußeren Natur. Benjamin schreibt dazu im Text *Zum Planetarium*:

Menschenmassen, Gase, elektrische Kräfte wurden ins freie Feld geworfen, Hochfrequenzströme durchfuhren die Landschaft, neue Gestirne gingen am Himmel auf, Luftraum und Meerestiefen brausten von Propellern, und allenthalben grub man Opferschächte in die Muttererde. Dies große Werben um den Kosmos vollzog zum ersten Male sich in planetarischem Maßstab [...]

Der Schauer echter kosmischer Erfahrung ist nicht an jenes winzige Naturfragment gebunden, das wir „Natur“ zu nennen gewohnt sind. In den Vernichtungsnächten des letzten Krieges erschütterte den Gliederbau der Menschheit ein Gefühl, das dem Glück der Epileptiker gleichsah. Und die Revolten, die ihm folgten, waren der erste Versuch, den neuen Leib in ihre Gewalt zu bringen. Die Macht des Proletariats ist der Gradmesser seiner Gesundung.<sup>27</sup>

Was als überdauernd verklärt wird, sei es Natur oder Metaphysik – Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit, Aufklärung, Fortschritt: Geschichte selbst –, wird stattdessen erkannt als historisches Produkt der ihre eigene Natur produzierenden Menschheit.

In welcher Form die Gattung Mensch ihre gesellschaftliche und natürliche Geschichte produzieren würde, hing für Benjamin, im Kapitalismus, allein von der Möglichkeit des Proletariats, die Macht über den Staat zu gewinnen, ab. Ohne die freie politische Tat des Proletariats wäre die Menschheit dazu verdammt, unter naturhaften Bedingungen universeller Unfreiheit den immerselben Kampf ums nackte Überleben zu führen.

In diesem Sinne ist es zu verstehen, wenn Adorno in *Negative Dialektik* programmatisch schreibt, es gelte:

alle Natur, und was immer als solche sich installiert, als Geschichte zu sehen und alle Geschichte als Natur, „das geschichtliche Sein in seiner äußersten geschichtlichen Bestimmtheit, da, wo es am geschichtlichsten ist, selber als ein naturhaftes Sein begreifen, oder die Natur, da, wo sie als Natur scheinbar am tiefsten in sich verharret, begreifen als ein geschichtliches Sein“.<sup>28</sup>

Die Kritische Theorie wollte nach dem Zerfall des orthodoxen Marxismus den neuen Naturzustand der Gesellschaft begreifen. Aber nicht deskriptiv und kontemplativ, sondern kritisch, als das Produkt des tragischen Scheiterns des Marxismus und der Gesellschaft als ganzer.

Nicht nur war der Versuch der Weltrevolution von 1917 gescheitert, sondern der Marxismus desintegrierte weiter, sowohl in Form der konterrevolutionär gewordenen Sozialdemokratie als auch der sich stalinisierenden Dritten Internationale. Während diese von Trotzki, Lenin und Luxemburg zum Zweck der Weltrevolution begründet worden war, ersetzte sie ab den späten 1920er-Jahren die Idee internationaler Revolution durch die nationalistische Doktrin des „Sozia-

lismus in einem Lande". Stalinismus darf dabei nicht als reine Clique, nicht als Set von Ideen oder Politiken, und auch nicht einfach als das Verbrechen, das er auch war, verstanden werden. Stalinismus war kein Ding, sondern materieller Ausdruck der Beziehung von Marxismus und Revolution. Stalinismus ist die Folge, nicht die Ursache dieser Regression. Dies führte aber nicht nur zur Degeneration des Marxismus und seiner Parteien, sondern schnitt damit auch die potenzielle revolutionäre Führung vom revolutionären Potenzial der Gesellschaft selbst ab. Die revolutionäre Theorie und die revolutionäre Praxis standen sich fremd gegenüber. Und der Marxismus war nicht mehr in der Lage, diese Fremdheit als Entfremdung zu erkennen: als das Produkt ihrer eigenen Arbeit.

Die Vertreter der Kritischen Theorie, die von den Ideen Lenins, Luxemburgs und Trotzki gelernt hatten, verstanden, dass der Marxismus sich selbst untergrub, die praktische Bewegung für den Sozialismus von den theoretischen Einsichten des Marxismus getrennt worden, die Nabelschnur zwischen Theorie und Praxis zerrissen war. Gleichzeitig erkannten die Kritischen Theoretiker, dass ihre Erkenntnis alleine nicht in der Lage sei, die Welt zu verändern. Die Kritische Theorie verweist darauf, dass die Niederlage des Marxismus und das Problem des Kapitalismus nicht einfach übersprungen werden oder komplett neu gedacht werden können. Stattdessen wäre es notwendig, dass Theorie wie Praxis des Marxismus selbst einer marxistischen Kritik unterworfen werden.

Und so war es die Kritische Theorie, die in der Mitte des 20. Jahrhunderts gegen den offiziellen „Marxismus“ an den Ideen der Revolution und der Diktatur des Proletariats als den nächsten Schritt in die Freiheit festhielt – im vollen Bewusstsein dessen, dass diese theoretische Erinnerung alleine keine Politik ersetzen könne.

Die marxistische Erhellung des Begriffs der Freiheit wurde pervertiert und schließlich nahezu vergessen: im Namen von Marxismus und Sozialismus. Die Vertreter der Kritischen Theorie sahen auch nach dem Zweiten Weltkrieg, dass die Idee des Sozialismus und die Aufgabe, die der Marxismus benannt hatte, unabtrennbar mit der Idee der Parteien verknüpft waren: als geschichtliches Produkt des Scheiterns des Marxismus im 20. Jahrhundert. Als solches waren sie keine Beute, kein Triumphzug, sondern eine Wunde und eine Last für den Kampf um den Sozialismus.

Wie die politische Praxis des Marxismus im 20. Jahrhundert, so ist auch die Intervention der Kritischen Theorie eine Last und eine Wunde. Sie sind schmerzliche Erinnerungen an eine Aufgabe, die vor mehr als 100 Jahren als der nächste Schritt für die Menschheit und ihre Freiheit gesehen und in die Tat umzusetzen versucht wurde. Heute scheint diese Aufgabe eine Utopie von vorgestern. Weder Kritische Theorie noch orthodoxer Marxismus sind politische Optionen unserer Zeit; wer

anderes behauptet, versteht nicht, wovon er redet.

Orthodoxer Marxismus stand ein für eine revolutionäre Utopie, die mit Marx meinte: „Es genügt nicht, dass der Gedanke zur Verwirklichung drängt, die Wirklichkeit muss auch selbst zum Gedanken drängen.“<sup>29</sup> Marxismus und Kapitalismus sind in Geschichte unauflösbar miteinander verschmolzen. Und dennoch gibt es nichts, was im gegenwärtigen Zustand der Gesellschaft weiter voneinander weg drängte als die Erinnerung an den Marxismus und die gesellschaftliche Realität, in der wir leben.

Im Vorwort von *Zur Kritik der politischen Ökonomie* schrieb Marx:

„[D]ie Menschheit stellt sich immer nur Aufgaben, die sie lösen kann, denn genauer betrachtet, wird sich stets finden, daß die Aufgabe selbst nur entspringt, wo die materiellen Bedingungen ihrer Lösung schon vorhanden oder wenigstens im Prozeß ihres Werdens begriffen sind.“<sup>30</sup>

Korsch fügte diesem Zitat in *Marxismus und Philosophie* bei:

Und hieran ändert sich auch dadurch nichts, daß die für die nunmehrigen Verhältnisse transzendente Aufgabe in einer früheren Epoche theoretisch schon einmal formuliert gewesen ist. Eine Auffassung, welche der Theorie eine selbständige Existenz außerhalb der realen Bewegung zusprechen wollte, wäre selbstverständlich weder materialistisch noch auch nur hegelisch-dialektisch, sie wäre einfache idealistische Metaphysik.<sup>31</sup>

Wenn Gesellschaft sich nicht progressiv weiterentwickelt, sondern beständig regrediert, hinter ihre eigenen Ansprüche zurückfällt, dann ist der Weg nach vorne vielleicht der Weg zurück. **IP**

*Der Text beruht auf einem Vortrag, der am 29. Mai 2023 in Frankfurt am Main gehalten wurde. Die beiden Autoren sind Mitglieder der Platypus Affiliated Society.*

- 1 Theodor W. Adorno und Max Horkheimer: „Diskussion über Theorie und Praxis“, in: *Max Horkheimer. Gesammelte Schriften (Bd. 13): Nachgelassene Schriften 1949–1972*, Frankfurt am Main 1989 [1956], S.33 und S.66.
- 2 Ebd., S. 69.
- 3 Ebd., S. 53.
- 4 Ebd., S. 53f.
- 5 Herbert Marcuse (1962): „A Note on Dialectic“, in: *The Essential Frankfurt School Reader*, New York 1985, S. 445. Übersetzung des Zitats durch JS.

- 6 Vgl. Immanuel Kant: „Was ist Aufklärung“, in: *Denken wagen. Der Weg aus der selbstverschuldeten Unmündigkeit*, Ditzingen 2017, S. 14.
- 7 Max Horkheimer: „Autoritärer Staat“, in: *Max Horkheimer. Gesammelte Schriften (Bd. 5): ‚Dialektik der Aufklärung‘ und Schriften 1940–1950*, Frankfurt am Main 1987, S. 293.
- 8 Adorno und Horkheimer: „Diskussion über Theorie und Praxis“, S.33 und S.70f.
- 9 Friedrich Engels und Karl Marx: „Die deutsche Ideologie“, in: *Marx-Engels-Werke* (Bd. 3), Berlin 1958, S. 17–18.
- 10 Karl Marx: „Brief an Joseph Weydemeyer“, in: *Marx-Engels-Werke* (Bd. 28), Berlin 1963, S. 507–508.
- 11 Karl Korsch: „Marxismus und Philosophie“, in: *Karl Korsch Gesamtausgabe* (Bd. 3), Amsterdam 1993, S. 335.
- 12 Georg Lukács: *Geschichte und Klassenbewußtsein. Studien über marxistische Dialektik*. Darmstadt/Neuwied 1968, S. 58–59.
- 13 Ebd.
- 14 Korsch: „Marxismus und Philosophie“, S. 316–317.
- 15 Ebd.
- 16 Friedrich Engels und Karl Marx: „Manifest der Kommunistischen Partei“, *Marx-Engels-Werke* (Bd. 4), Berlin 1974, S. 475.
- 17 Korsch: „Marxismus und Philosophie“, S. 323.
- 18 Ebd., S. 326–327.
- 19 Rosa Luxemburg: „Unser Programm und die politische Situation“, in: *Rosa Luxemburg. Gesammelte Werke* (Bd. 4), Berlin 2000, S. 486–511.
- 20 Korsch: „Marxismus und Philosophie“, S. 125f.
- 21 Chris Cutrone: „Adorno’s ‘Leninism’“, Eingangsstatement für die öffentliche Podiumsdiskussion „The politics of Critical Theory“, *Platypus Review* Nr. 37 (Juli 2011). Online abrufbar unter: <https://platypus1917.org/2011/07/09/the-politics-of-critical-theory/#cutrone>.
- 22 Max Horkheimer: „Der kleine Mann und die Philosophie der Freiheit“, in: *Max Horkheimer. Gesammelte Schriften (Bd. 2): Philosophische Frühschriften 1922–1932*, Frankfurt am Main 1987, S. 360–363.
- 23 Cutrone: „Adorno’s ‘Leninism’“.
- 24 Walter Benjamin: „Über den Begriff der Geschichte“, in: *Walter Benjamin. Gesammelte Schriften* (Bd. 1), Frankfurt am Main 1974, S. 695.
- 25 Ebd., S. 697.
- 26 Ebd., S. 714–715.
- 27 Walter Benjamin: „Zum Planetarium“, in: *Walter Benjamin. Gesammelte Schriften* (Bd. 4), Frankfurt am Main 1972, S. 147–148.
- 28 Theodor W. Adorno: „Negative Dialektik. Jargon der Eigentlichkeit“, in: *Theodor W. Adorno. Gesammelte Schriften* (Bd. 6), Frankfurt am Main 1970, S. 353.
- 29 Karl Marx: „Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie“, in: *Marx-Engels-Werke* (Bd. 1), Berlin 1958, S. 386.
- 30 Karl Marx: „Zur Kritik der Politischen Ökonomie“, in: *Marx-Engels-Werke* (Bd. 13), Berlin 1971, S. 9.
- 31 Korsch: „Marxismus und Philosophie“, S. 328–329.

## VERBINDENDE KLASSENPOLITIK IN ZEITEN UNTERENT- WICKELTER KÄMPFE

*Ein Interview mit Bernd Riexinger über die Gründungsgeschichte der Linkspartei, die Aktualität der Einheitsfront-Politik und die Notwendigkeit eines linken New Deals*

von **Salim A.**

*Bernd Riexinger war von 2012 bis 2021 einer der beiden Vorsitzenden der Linkspartei. Als Gewerkschafter organisierte er die Proteste gegen die Agenda 2010 mit und war ein Gründungsmitglied der Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit (WASG). Er hat Bücher und Artikel zu den Themen linker Green New Deal und neue Klassenpolitik publiziert. Das Interview wurde von Platypus-Mitglied Salim A. am 20. August 2021 geführt. Es folgt eine gekürzte und editierte Version des Gesprächs.*

**SALIM A.:** Was hat dich politisiert?

**BERND RIEXINGER:** Ich bin stark durch Lehrer politisiert worden, die Ende der 60er-Jahre aus der Studentenbewegung an die Schulen kamen und dort kritisches, linkes und anti-autoritäres Denken beförderten. Ich bin schon früh in meinem Heimatdorf Teil einer Kindergruppe gewesen und von dort aus zum Bund Deutscher Pfadfinder gekommen. Er war damals wie heute eine linke Jugendorganisation und hat mit der traditionellen Pfadfinderei nichts zu tun. Im Zuge der Studentenbewegung wurden für neue pädagogische Konzepte Studenten reingeholt, damit überhaupt wieder Leute kommen. Die traditionellen Pfadfinder sind ausgetreten, haben einen neuen Verband gegründet und wir wurden wegen kommunistischer Umtriebe aus dem Weltpfadfinderbund ausgeschlossen. Wir lernten die ganzen Grundlagen: den dialektischen Materialismus, die Entwicklung der Gesellschaften von der Jagdgesellschaft bis zum Spätkapitalismus und die marxistische Wirtschaftstheorie von Ernest Mandel. Dadurch konnten wir uns eine gute theoretische Bildung aneignen und lernen, wie man Gruppen organisiert. Parallel habe ich dann mit der Ausbildung angefangen, wo ich schnell Jugendvertreter geworden bin und mich in der Gewerkschaftsjugend engagierte. In Weil der Stadt gründeten wir ein selbstverwaltetes Jugendzentrum, das heute noch existiert. Der Bund Deutscher Pfadfinder hat dort eine große Rolle für die Politisierung gespielt.

Von den verschiedenen K-Gruppen und ihren Strömungen haben wir uns eher ferngehalten. Ich habe erst spät Zugang zur Tradition der Kommunistischen Partei-

Opposition um Thalheimer und Brandler erhalten, sowie zu deren Nachfolgeorganisation Gruppe Arbeiterpolitik. Die beiden haben schon in den 20er-Jahren vor dem aufkommenden Faschismus gewarnt, was leider von der KPD-Führung nicht ernst genommen wurde. Sie hat den eher linksradikalen Kurs der Sozialfaschismus-Theorie bekämpft, die praktisch besagt, die Sozialdemokraten seien die schlimmeren Faschisten, weil sie sich unter dem Deckmantel der Sozialdemokratie verstecken. Thalheimer und Brandler haben sehr früh den Aufbau einer Einheitsfront gegen den Faschismus gefordert. Sie lehnten die Neugründung eigener revolutionärer Gewerkschaften durch die KPD ab, weil das den Einfluss der Linken in den Gewerkschaften erheblich schwächen würde. Das hat mich sehr geprägt und bis heute bin ich eher ein Einheitsfront-Politiker geblieben.

*Was bedeutet diese Einheitsfront-Politik heute für dich?*

Die ist natürlich nicht vergleichbar mit der aus den 20er-Jahren, wo man auf die Gemeinsamkeiten in der Arbeiterbewegung noch stärker Bezug nehmen konnte. Sowohl die KPD als auch die SPD hatten in ihrer grundlegenden Positionierung eine sozialistische Orientierung, wenn auch bei der SPD nicht immer in der Praxis. Heute haben wir eine SPD, die die Agenda 2010 gemacht hat und vieles andere mehr. Trotzdem hat sie an ihrer Basis sehr viele Betriebsräte, Vertrauensleute in den Gewerkschaften, aufrechte Kolleginnen und Kollegen, die wirklich für soziale Verbesserungen kämpfen. Natürlich sind diese Leute nicht unsere Gegner, sondern es geht darum, mit ihnen gemeinsam eine verbindende Klassenpolitik zu machen, in Bewegungen oder in außerparlamentarischen Bündnissen zusammenzuarbeiten. Da geht es gar nicht so sehr ums Regieren. Diese Zusammenarbeit kann aber nicht funktionieren, wenn man ihre Organisation verdammt. Das war in den 20er-Jahren genauso, wo die KPD-Führung eine Trennung zwischen Führung und Basis vollzog. Die Basis wollte man ansprechen, aber die Führung war sozialfaschistisch. Sowa wird nicht funktionieren, die Partei muss in Gänze angesprochen werden. Man kann die Politik der 20er-Jahre nicht auf heute übertragen, aber durchaus etwas lernen.

*Du warst lange gewerkschaftlich aktiv und wurdest 2004 Gründungsmitglied der WASG. Wie kam es dazu nach der langen gewerkschaftlichen Arbeit?*

Ich war ja immer ein linker und politischer Gewerkschafter und habe nie nur Gewerkschaftsarbeit gemacht. In den 90er-Jahren stellte ich eine Verbindung zwischen der Gewerkschaft und der damals globalisierungskritischen Bewegung her, organisierte die sozialen Proteste Anfang der 2000er-Jahre mit und versuchte immer die Gewerkschaftsbewegung mit verschiedenen anderen fortschrittlichen außerparlamentarischen Bewegungen in Berührung zu bringen. Ich hatte nie das Bedürfnis, in die SPD zu gehen oder zu den Grünen. Ich habe immer davon geträumt, dass wir sowas wie eine demokratisch-sozia-



**Franklin D. Roosevelt unterzeichnet am 15. August 1935 mit dem Social Security Act ein Sozialgesetz, das einen zentralen Bestandteil des New Deals darstellte**

listische Partei deutlich links von der SPD brauchen, aber so eine zu gründen und dafür zu sorgen, dass sie auch überleben kann, muss natürlich erstmal fertiggebracht werden. Vor der WASG war ich nie in einer partei-ähnlichen Organisation, weil ich die verschiedenen politischen Splittergruppen und Ansätze zur Parteigründung als zu sektiererisch angesehen habe. Die WASG dagegen war das erste Mal ein Ansatz, der nicht im luftleeren Raum entstanden ist. Parteigründungen haben immer etwas mit sozialen Bewegungen zu tun, mit gesellschaftlichen Umbrüchen. Denn spätestens Ende der 90er-Jahre war klar geworden, dass die Gewerkschaften völlig mit dem Rücken zur Wand standen. Das war ein großer Umbruch, so wie der Zusammenbruch des real existierenden Sozialismus oder wie man diese Staaten auch nennen mag. Die Schwäche der Gewerkschaften zu Beginn der neoliberalen Ära lag zum Teil darin begründet, dass sie diesen Umbruch nicht richtig begriffen und darauf reagiert hatten. Sie haben an der Sozialpartnerschaft festgehalten, nachdem die Gegenseite sie längst aufgekündigt hatte. Es war aber auch klar, dass sie mit dieser Schwächung und ohne politische Unterstützung nicht von der Wand wegkommen und in der Defensive bleiben würden. Deswegen war es dringend notwendig, eine linke Partei zu gründen. Die Agenda 2010 hat dann den letzten großen Anstoß gegeben, dass auch für linke Sozialdemokraten, zu denen ich nie gehört habe, klar wurde, dass es etwas anderes als die SPD braucht. Dadurch gab es ein historisches Zeitfenster, in dem man eine neue politische Formation gründen konnte. Der Meinung war ich auch und habe deswegen insbesondere in Baden-Württemberg an der Gründung der WASG mitgewirkt, wo ich schnell Landesvorsitzender wurde. Schnell wurde uns aber klar, dass wir das als WASG alleine nicht schaffen und bei zwei zur Wahl antretenden linken Parteien – PDS und WASG – nicht genügend Stimmen erreichen würden. Von daher war der Zusammenschluss in gewisser Weise logisch, obwohl wir alle bei der Gründung der WASG daran gar nicht gedacht hatten. Ohne die Bewegungen gegen die Agenda 2010 wäre die Linkspartei also nie entstanden oder sie wäre keine Partei geworden,

die deutlich über fünf Prozent kommt. Insofern gehören außerparlamentarische Bewegungen und Ansätze zu Parteigründungen dazu.

*Die WASG hat damals explizit auf den Begriff des Sozialismus verzichtet, während die Linkspartei das Konzept des demokratischen Sozialismus im aktuellen Parteiprogramm stehen hat. Was bedeutet demokratischer Sozialismus und wogegen grenzt er sich eigentlich ab?*

Erstmal bedeutet Sozialismus, dass man eine fortschrittliche Alternative zum kapitalistischen System sucht und daran arbeitet. Das heißt, dass die Gesellschaft von der Mehrheit ihrer Akteure, insbesondere von den Lohnabhängigen (auch wenn heute zusätzlich andere Kreise dazu zählen), bewusst angeeignet wird und die wesentlichen Produktionsmittel im Prinzip gesellschaftlich organisiert sind. Dazu gehören heute nicht mehr nur Fabriken, sondern auch die ganze IT- und Dienstleistungsbranche.

Der Begriff „demokratisch“ ist notwendig, weil er eine klare Abgrenzung zum bürokratisierten, zentralwirtschaftlichen Sozialismus darstellt und den Gedanken einer demokratischen Organisation mit gewählten Strukturen beinhaltet, zum Beispiel mit Wirtschafts- und Sozialräten. Es wird keinen Sozialismus mehr ohne Erweiterung der bürgerlichen Demokratie geben. Es war nicht immer selbstverständlich, dass der Sozialismus die Errungenschaften der bürgerlichen Demokratie, also die Versammlungsfreiheit, Meinungsfreiheit, Pressefreiheit, freie Wahlen, nicht zurückentwickeln darf. Vielmehr muss er sie auf die Bereiche der Gesellschaft übertragen, wo es die bürgerliche Demokratie selbst nicht macht: auf die Ökonomie.

*Wie kommt man zu dieser Demokratisierung?*

Das ist nicht so einfach zu beantworten. Es wird sicher nicht auf einen Schlag einen Aufstand oder eine Revolution geben, die so ein System herbeiführen kann. Rosa Luxemburg hat schon gesagt, dass es nicht Reform oder Revolution heißt, sondern Reform *und* Revolution. Gerade Linke dürfen den Kampf um Reformen, also um alltägliche Verbesserungen und die Demokratisierung der Gesellschaft, nicht als identisch mit Reformismus verstehen. Ein Kapitalismus mit Renten- und Krankenversicherung unterscheidet sich von einem ohne. Wenn er also sozialstaatliche Errungenschaften beinhaltet, ist er ein anderer als ohne. Das sind Fortschritte, die immer wieder verteidigt und erkämpft werden müssen. Reformismus wird es dagegen, wenn man dabei stehen bleibt und keine grundlegende Veränderung herbeiführen will. Deswegen muss man im Kampf um Reformen und Verbesserungen die Teile praktisch verbinden. Wir haben keine revolutionäre Bewegung in Deutschland, aber mit Einstiegen, die über die Grenzen der kapitalistischen Verwertungslogik praktisch hinausgehen, können wir heute beispielsweise in der Frage des Wohnraums die Eigentumsfrage stellen. Wir müssen nicht nur mehr bezahlbaren Wohnraum fordern, sondern wir können durchaus verlangen, Vonovia und Deutsche

Wohnen zu enteignen oder in öffentliche Hand zu überführen. Das wäre vor 20 Jahren nicht möglich gewesen. Es gibt also bestimmte Bereiche, bei denen es den Konsens in der Gesellschaft oder bei der Mehrheit gibt (nicht bei FDP und CDU), die Dinge in öffentlicher Hand unter öffentlichem Eigentum zu organisieren. Und das sind Ansatzpunkte für Einstiege in eine sozialistische Gesellschaftsordnung.

*Bei Rosa Luxemburg ist als Marxistin die Diktatur des Proletariats ein zentraler Begriff. Was verstehst du darunter?*

Ich habe den Begriff der Diktatur des Proletariats immer ungern oder gar nicht verwendet. Nach der Geschichte der DDR und der Sowjetunion ist es heute nicht mehr möglich, ihn zu verwenden. Menschen verbinden mit Diktatur autoritäre Systeme. Ursprünglich war damit gemeint, dass, wenn die Arbeiterklasse erst die Macht errungen hat, die Kapitalistenklasse zu einem konterrevolutionären Aufstand aufrufen wird und sich die Arbeiterklasse entsprechend verteidigen muss. Alle Revolutionsbegriffe der 20er-Jahre haben sich letzten Endes an der Revolutionsmethode der Französischen Revolution orientiert. Diese war immer mit bewaffneten Aufständen und entsprechenden Kämpfen verbunden.

Wenn wir heute über grundsätzliche Umbruchprozesse reden, wird es viel wichtiger sein, dass die IT-Leute auf unserer Seite sind. Die Methoden, ein neues System zu kreieren, sind nicht mehr die gleichen wie vor 200 Jahren. Wenn die Linke nicht begreift, dass gesellschaftliche Prozesse heute anders verändert werden müssen, dann wird sie an einem veralteten revolutionären Begriff festhalten und das wäre ein Fehler. Den Begriff der Diktatur zu verwenden, würde jeden Zugang der Linken zu den außerparlamentarischen demokratischen Bewegungen komplett versperren.

*Du hast gesagt, dass die Begriffe an einem älteren Modell der Revolution festhalten und dadurch überholt sind. Seit wann ist das eigentlich der Fall und wie ist es dazu gekommen?*

Die Arbeiterbewegung in den 20er-Jahren, speziell in Deutschland, aber nicht nur in Deutschland, hätte mit einer Einheitsfront-Politik den Faschismus verhindern können. Wäre das gelungen, wäre das unweigerlich verbunden gewesen mit einem sozialistischen Gesellschaftsmodell. Die damalige Konfrontation war folgende: Entweder wird es eine faschistische Diktatur oder eine sozialistische Alternative geben. Die extreme Unterordnung der KPD unter die Vorherrschaft von Stalin war ein großer Fehler, ein doppelter Fehler. Einerseits war damit ein Links-Sektierertum mit dem Aufbau eigener Gewerkschaften und der Sozialfaschismus-Theorie verbunden, andererseits wurde jede kontroverse innerparteiliche Debatte unterdrückt. Die freie Meinungsäußerung sowie die innerparteiliche Demokratie der Komintern wurden dadurch stark beschädigt, was letztendlich auch zu ihrer geschichtlichen Bedeutungslosigkeit führte.

*Auf die Krisensituation der 20er-Jahre reagierte auch der historische New Deal. In welcher Linie steht der heutige linke New Deal zu seinem historischen Vorbild in den 30er-Jahren?*

Die Gemeinsamkeit liegt im sozialen Bereich, da der New Deal von Roosevelt zu einer großen Investitionsoffensive im sozialen Bereich und auch zur Entwicklung bestimmter Infrastrukturen auf dem Land geführt hat. Ein Grundelement des linken Green New Deals oder des sozialökologischen Systemwechsels, ist – etwas ungenau – Infrastruktur-Sozialismus. Der Zugang aller Menschen zu Bildung, Erziehung, Gesundheit, Mobilität, bezahlbarem Wohnraum etc. muss einen großen Teil der Ökonomie und einen neuen Wohlstandsbegriff ausmachen; weniger dagegen die immer stärkere Ausdehnung des individuellen und schnell verschleißbaren Warenkonsums. Diese Güter sind grundsätzlich in öffentlicher oder genossenschaftlicher Hand zu organisieren, wodurch eine regionale Ökonomie entstehen kann. Das wäre dann eine stärkere gesellschaftliche Organisation und eine Anlehnung am historischen New Deal sowie seine extreme Weiterentwicklung zugleich. Natürlich hat damals das Thema Ökologie keine Rolle gespielt, während wir heute schnell zu einer emissionsfreien Wirtschaft kommen müssen. Das stellt einen gewaltigen Umbauprozess dar, der unter bestehenden Eigentums- und Demokratieverhältnissen nicht gelingen wird. Deswegen brauchen wir sowohl neue Eigentumsformen wie auch eine Demokratieoffensive. In dem Buch zum neuen Ansatz für Wirtschaftsdemokratie<sup>1</sup> habe ich ein Konzept mit ausgearbeitet, das Wirtschafts- und Sozialräte auf regionaler Ebene vorsieht, die auch über Investitionen in der Region entscheiden. Dies gilt auch auf der nationalen Ebene, wo in demokratischer Form entsprechende Investitionsrahmenpläne gemacht werden müssen. Wir brauchen auch eine neue Regulierung der Arbeitsbeziehungen mit Löhnen, die zum Leben reichen, mit Arbeitszeitverkürzungen und Tarifverträgen, die wieder zur Regel werden sollen mit einer Aufwertung der Berufsbranchen, deren Belegschaften überwiegend weiblich sind. Das ist im Kern ein integrierendes Konzept und wird verbunden mit einer Umverteilungsoffensive. All das wird nicht finanzierbar sein, wenn Reiche und Vermögende nicht deutlich mehr Steuern bezahlen. Das findet dann sein Gegenstück in der Frage: Wie können wir das umsetzen? Das heißt, wie können wir außerparlamentarische gesellschaftliche Bündnisse aufbauen, die die verschiedenen Ansätze miteinander verbinden? Deswegen finden sich darin sowohl keynesianische wie ökosozialistische Ansätze, die über die Grenzen der kapitalistischen Logik hinausgehen. Es ist damit auch geeignet, die verschiedenen linken Kräfte in der Gesellschaft stärker zusammenzubringen.

*Ist der Neoliberalismus in eine Krise geraten? Wenn ja, wie reagiert die neue Form des New Deals darauf?*

In den 30er-Jahren gab es in den USA eine deutlich stärkere Arbeiterbewegung sowie radikalisiertere Teile im sozialistischen und anarcho-syndikalistischen Bereich.

Roosevelts New Deal war zugleich eine Reaktion auf die Stimmungen in der Arbeiterbewegung. Das kam nicht nur von oben, sondern auch durch die Forderungen von unten – was beweist, dass man grundlegende Veränderungen nur erreichen kann, wenn es auch starke gesellschaftliche Bewegungen und Klassenkämpfe gibt. Ohne sie werden nicht mal kleine Reformfortschritte erzielt. Aber natürlich entwickle ich kein Konzept, wie man praktisch die Leute beruhigen kann, sondern das Gegenteil: wie in Zeiten unterentwickelter Kämpfe überhaupt diese Kämpfe verbreitet und miteinander verbunden werden können. Das ist ein völlig anderer Ansatz als Roosevelts New Deal. Wir haben ein Zukunftsprojekt entwickelt, das breite Kämpfe ermöglicht und ein Angebot zu starken außerparlamentarischen Auseinandersetzungen und Bündnissen liefert.

Der Neoliberalismus ist tatsächlich an eine Grenze gekommen. Selbst von den herrschenden Kräften wird er – zumindest in der momentanen Form – nicht fortgeführt. Natürlich wirken viele neoliberale Elemente wie die Agenda 2010 unter der Hand gesellschaftlich weiter, aber wir sind an einem Scheideweg, an dem völlig offen ist, was kommt. Der Kapitalismus wird so oder so modernisiert werden: entweder von den klassischen bürgerlichen Kräften oder in Form eines autoritären Kapitalismus, der schnell in offen faschistische Tendenzen umschlagen kann – Trump und Erdogan haben ein Element der Massenmobilisierung. Eine dritte Option stellt die grüne Modernisierung des Kapitalismus dar.

*Du hast gesagt, dass es aktuell keine besonders revolutionäre Situation gibt. Was ist die Aufgabe der Linkspartei in diesem Fall und auch ihre Perspektive?*

Alle diese Lösungen sind Formationen im Kapitalismus, die sich in Kämpfen zwischen den verschiedenen Kapitalfraktionen herausbilden. Sie hängen aber auch von den verschiedenen Klassenkämpfen und gesellschaftlichen Bewegungen ab, also von der Stärke der Gewerkschaften, von der Frage des Streiks und vielem anderen mehr. In so einer Situation ist es extrem wichtig, dass die Linkspartei zusammen mit anderen Akteuren in der Gesellschaft ein eigenes Zukunftsmodell einbringt, das über das Bestehende hinausweist – egal, wie wir das am Ende nennen. Sie muss sich grundsätzlich als engagierter Teil der verschiedenen fortschrittlichen Bewegungen begreifen und versuchen diese zu verbinden.

*Wo siehst du den Unterschied zwischen Partei und Bewegung?*

Die Partei ist eine Formation, die es auch gibt, wenn keine Bewegungen da sind, sie erkalten oder im Rückbau sind. Dann hat sie trotzdem Mitglieder, engagierte Ortsgruppen, einen gewerkschaftlichen Flügel und vieles andere mehr. Sie spielt eine kontinuierliche Rolle, die linke Vorschläge und linke Forderungen in die Gesellschaft hineinträgt und umgekehrt auch Ansätze der

Bewegungen in den politischen Raum bringt, also zum Beispiel ins Parlament. In diesem Sinne haben Parteien wie die Linkspartei eine andere Funktion als Bewegungen, sie geht darüber hinaus. Aber sie ist auch Bestandteil von Bewegungen und hat organisierende Aufgaben. Wir machen auch selbst Kampagnen, aber viel wichtiger ist, dass wir Bündnisse verbreitern. Nicht inhaltslos, sondern auf Basis konkreter Inhalte und dass wir selbst darin eine klassenorientierte Position vertreten. Wir vertreten nicht einfach nur ein System und hoffen, dass die Vernunft es irgendwie durchsetzt und die anderen es einfach nur begreifen müssen, dass wir nicht so weitermachen können. Stattdessen haben wir ausgemacht, dass die großen Konzerne, dass die kapitalistische Verwertungslogik einem Prozess des Aufbruchs im Wege stehen, und dass man auch klar benennen muss, gegen wen wir eigentlich solche Vorstellungen und Positionen durchsetzen. Das unterscheidet uns auch stark von den Grünen oder anderen Akteuren.

*In seiner Autobiografie Links und frei. Mein Weg 1930–1950 beschreibt Willy Brandt, dass die SPD nach dem Zweiten Weltkrieg bewusst von dem Ziel einer vom Staat unabhängig organisierten Arbeiterklasse abgerückt war, was sie zuvor von bürgerlichen Parteien unterschied: „Zu dem Versuch, neu anzufangen, gehörte die Entscheidung, nicht mehr notwendigerweise auf ‚sozialistische‘ Art zu turnen, zu wandern, zu singen oder Briefmarken zu sammeln. Dies bedeutete den Verzicht auf jene ‚Subkultur‘, die Überzeugungen befestigte und der politischen Arbeiterbewegung wichtige Rekrutierungsfelder geboten hatte.“ Wäre es deiner Meinung nach notwendig, diese Trennung zwischen Arbeiterparteien und bürgerlichen Parteien wiederherzustellen?*

Es gibt ja die Trennung. Die Linkspartei ist keine bürgerliche Partei und versteht sich auch nicht so. Die SPD hat damals die Entscheidung bewusst getroffen, eine Volks- und keine klassenorientierte Partei mehr zu sein. Das heißt, man spricht alle Kräfte in der Bevölkerung an, also auch die Kapitalseite, und will im Prinzip alle vertreten. Das macht die Linkspartei bewusst nicht, sondern sie vertritt klare Interessen – überwiegend von Lohnabhängigen in dieser Gesellschaft. Nur haben wir den Begriff der Klasse erheblich verändert, wozu ich auch einen Beitrag geleistet habe. Es war ein großes Manko, die ArbeiterInnenklasse so stark auf den produktiven Bereich und damit auf die Industriearbeit und die klassischen Arbeiter zu verengen. Heute haben wir eine gesellschaftliche Organisation, in der nur noch rund 18 Prozent überhaupt in der Industrie beschäftigt sind, aber deutlich über 70 Prozent in den Dienstleistungsbranchen ihre Arbeitskraft verkaufen, häufig sogar mit geringerem Lohn und schlechteren Arbeitsbedingungen. Das war auch die Grundlage für den Begriff der verbindenden Klassenpolitik, weil wir schon kurz nach 2012 gesehen haben, dass die Prekarisierung und Spaltung der Lohnabhängigen ein großes Problem ist. Es war ein Kerninhalt der Agenda 2010, die Leute zu spalten:

in befristet und unbefristet, in Kern- und Leiharbeiter, Subunternehmen oder Werkverträge in vielerlei Formen, womit auch die Gewerkschaften und die Möglichkeiten der Organisierung erheblich geschwächt wurden. Wir brauchten ein Konzept, dem entgegenzuarbeiten und praktisch das Verbindende, die gemeinsamen Interessen gegen die Kapitalinteressen, zu formulieren. Und es war wichtig, dass eine linke Partei die klare Aufgabe hat, soziale Fragen nicht gegen andere Fragen auszuspielen, sondern sie als Teil der gleichen Grundauseinandersetzungen zu betrachten. Damit haben wir auch gedanklich einen Beitrag zur Weiterentwicklung des Klassenbegriffs geleistet.

*Warum haben die Gewerkschaften so eine zentrale Rolle in der Verbindung zwischen Bewegungen, Gewerkschaften und Partei in der verbindenden Klassenpolitik?*

Die Gewerkschaften sind notwendige Organisationen, die die Interessen der Lohnabhängigen vertreten und ohne die keine gesellschaftlichen Veränderungen möglich sind. Sie tragen mit ihren Aktivitäten zur Bewusstseinsentwicklung bei – ob bei Arbeitskämpfen oder im Alltäglichen. Deswegen kann man sie nicht mit anderen Bewegungen vergleichen, die ich aber überhaupt nicht geringerschätzen will, sondern im Gegenteil sehr wichtig finde.

*Welche Rolle hatten die Gewerkschaften, die traditionell ein SPD-Milieu waren, im Zuge der Agenda 2010. Wie hat sich das bis heute verändert?*

Die CDU hätte die Agenda 2010 nicht durchsetzen können. Der Widerstand der Gewerkschaften, aber auch anderer Akteure in der Gesellschaft, auch der Sozialdemokratie, wäre viel größer gewesen. Die enge Verbindung von Gewerkschaften, insbesondere zwischen der Führung und der Sozialdemokratie, hat den Widerstand gegen die Agenda 2010 eingehegt und sie anfangs eher auf eine passive Rolle beschränkt. Es waren ja gar nicht die Gewerkschaften, die zuerst den Widerstand gegen die Agenda 2010 organisiert haben. Das waren die Montagsdemonstrationen im Osten und die sozialen Gegenbewegungen am Anfang der 2000er-Jahre. Erst dann haben sie reagiert und ein Jahr später zu Großdemonstrationen aufgerufen, als dann 500.000 Leute auf der Straße waren, um sie danach aber wieder abklingen zu lassen. Die enge Verbindung der Gewerkschaften zur Sozialdemokratie ist eher mobilisierungshemmend. Es ist die Aufgabe der Linkspartei, in den Gewerkschaften stärker auf eine konfliktorientierte Gewerkschaftsarbeit, aber auch auf ihre Politisierung hinzuwirken – nicht im Sinne einer Missionierung, aber es muss im Interesse der Gewerkschaften selbst sein, andere politische Rahmenbedingungen zu schaffen. Das haben sie in Gänze noch nicht begriffen.

*Mit Blick auf die Probleme der europäischen linken Parteien, was hat die Linkspartei anders gemacht?*

Die Linkspartei verfolgt ja nicht den Ansatz einer sozialistischen Kaderpartei, sondern den einer links-pluralistischen Partei. Das ist der Versuch, die verschiedenen Strömungen und Richtungen innerhalb der Linken in eine Parteiformation zu bringen. Das heißt, es müssen Kompromisse gemacht werden und man ist nicht immer eine einwandfreie sozialistische Partei, sondern hat auch andere Elemente drin. Das war die einzige Möglichkeit, eine nennenswerte Partei links von der SPD aufzubauen. Dort, wo das gemacht wurde, also insbesondere auch in nordischen Ländern wie Dänemark und Schweden, zum Teil aber auch in den Niederlanden, sind sie in einer Größenordnung, wie wir auch. Dort, wo die Linke aus den klassischen kommunistischen Formationen oder Abspaltungen hervorgegangen ist, ist das nicht gelungen. Das muss man deutlich sagen. Wir hatten in Italien eine kommunistische Partei von über 30 Prozent mit massiven Spaltungen. Ich empfehle jedem das Buch *Der Schneider von Ulm* von Albrecht Berblinger, in dem beschrieben wird, wie diese einstmals mächtige linke Partei in einer biederen sozialdemokratischen aufgegangen ist und der linke Flügel sich so aufgespalten hat, dass er bedeutungslos geworden ist. Man kann daraus lernen, dass Spaltungen kein geeignetes Instrument sind, um die linke Bewegung voranzubringen. Deswegen war es immer schwere Arbeit, diese linke Partei zusammenzuhalten. Das ist der Kern und man muss akzeptieren, dass sich in einer links-pluralistischen Partei eben nie nur eine Linie durchzieht.

*War die WASG eine Spaltung von der SPD?*

Nein. Ich würde sogar sagen, dass der kleinste Teil der Mitglieder der WASG von der SPD kam. Das war eine Sammlung auch vieler verwaister Linker, die mal in verschiedenen Gruppen waren und eine neue Heimat gesucht haben. Es waren Leute, die längst bei den Grünen nach ihrer Kriegspolitik ausgetreten sind und ein Teil, der über die Agenda 2010 mit der SPD gebrochen hat. Insgesamt ist, glaube ich, eine sechsstellige Zahl von SPD-Mitgliedern ausgetreten. Davon ist nur ein Bruchteil bei der Linkspartei gelandet, die meisten sind gar nicht mehr organisiert. Im Prinzip ist eine neue Linkspartei mit eigener sozialer Basis entstanden. Heute noch mehr, da rund 70 Prozent der Mitglieder im Westen sind. Im Osten gab es ja eine ungebrochene Kontinuität der SED-PDS zur Linkspartei, während es im Westen wirklich eine Neugründung gab und heute nur noch eine Minderheit vorher in der WASG oder in der PDS war. Dadurch ist es in der Summe ganz klar gelungen, eine neue Partei aufzubauen – wenn auch nicht überall gleichermaßen und im Westen stärker als im Osten.

*Was bedeutet diese veränderte Mitgliederstruktur für die Linkspartei?*

Die Linkspartei macht längst nicht nur Wahlkampagnen, sondern sie hat eigene Methoden und Ansätze der politischen Arbeit entwickelt. Das hat eine Umorientierung

der Partei mit sich gebracht. Natürlich wissen wir, dass, wenn wir bei Wahlen schlecht abschneiden, unsere Bedeutung geringer wird. Aber der Schwerpunkt ist die Orientierung auf außerparlamentarische Organisation. Und auf eine Mitgliederpartei, in der die Mitglieder das Sagen haben und nicht die Parlamentsfraktionen. Das klappt nicht immer, aber der Kern der Entscheidungsstrukturen muss in der Partei liegen. Das ist natürlich nicht völlig neu. Aber dass wir den Begriff von so einer Art Partei haben, wozu auch der Begriff der verbindenden Partei gehört und die ja durchaus an Ansätze der italienischen Linken in den 60er- und 70er-Jahren anknüpft, das ist schon eine neue Parteientwicklungstheorie. Auch vieles von Gramsci wurde aufgegriffen, beispielsweise was es bedeutet, dass eine Partei hegemonial ist. Das ist sie nicht durch autoritäre Führungsstrukturen, sondern dadurch, dass sie sich tatsächlich verankert und dass sie politisch bewusste Mitglieder hat, die vor Ort der politischen Arbeit und der Partei ein Gesicht geben. Er hat erkannt, dass die herrschende Klasse sehr viele Institutionen und Strukturen in der Gesellschaft aufgebaut hat, die diese bürgerlich-kapitalistische Gesellschaft zusammenhalten. Eine linke Partei muss ähnlich aufgestellt sein und beispielsweise auch im kulturellen Bereich eine Rolle spielen.

*Sollte also wieder sozialistisch gewandert werden?*

Ich glaube schon, dass wir eigene kulturelle, aber nicht separate Ansätze hervorbringen müssen. Die Arbeiterkultur hatte ja auch einen eigenen separaten Ansatz gehabt, weil die Arbeiter in den bürgerlichen Kultureinrichtungen gar nicht teilnehmen konnten. Da haben wir heute eine andere Kulturlandschaft. Aber Kultur heißt ja mehr als nur Musikmachen und vieles andere mehr, sondern bedeutet auch Lebens- und Umgangsformen. Natürlich muss die Linkspartei Kulturformen entwickeln, die von Solidarität geprägt sind, von Offenheit, auch Neugier auf Neues und sie muss versuchen aufzunehmen, dass wir zum Beispiel eine stark migrantische Gesellschaft sind und auch eine starke feministische Entwicklung haben, die alle auch ihre eigene Kultur, ihre eigenen Ausdrucksformen mit sich bringen. Sie darf keinen verengten Begriff von Kultur haben. Dieser Kulturbegriff muss aber fortschrittlich und Teil des Emanzipationsprozesses sein, indem wir Räume schaffen, in denen sich Leute bewegen und politisch aktivieren können. Sie muss Bildungsarbeit aufbauen. All das sind Elemente einer linken Partei, die wir versuchen aufzubauen und weiterzuentwickeln. Es geht nicht immer nur aufwärts. Es gibt auch die Mühen der Ebenen. Aber im Großen und Ganzen sind wir da auf dem richtigen Weg. **IP**

1 Alex Demirović (Hrsg.): *Wirtschaftsdemokratie neu denken*. Münster 2018. Online abrufbar unter: [https://www.rosalux.de/fileadmin/rls\\_uploads/pdfs/sonst\\_publicationen/Wirtschaftsdemokratie\\_Demirovic.pdf](https://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/sonst_publicationen/Wirtschaftsdemokratie_Demirovic.pdf)

## ZIELSETZUNG DER PLATYPUS REVIEW

Überblickt man das Universum der verschiedenen Positionen und Ziele, die linke Politik heute ausmachen, so wird man den beunruhigenden Verdacht nicht los, dass sich hinter der scheinbaren Vielfalt eine grundlegende Gemeinsamkeit verbirgt: Was heute existiert, wurde auf den Trümmern dessen errichtet, was einst möglich war.

Zum Verständnis unserer Gegenwart erachten wir es für notwendig, die unüberschaubare Anhäufung von Positionen zu entwirren, um ihre Bedeutung für eine mögliche Rekonstitution emanzipatorischer Politik in der Gegenwart zu erkennen. Dafür ist es nötig zu überdenken, was eigentlich mit dem Begriff der Linken gemeint ist.

Unsere Aufgabe beginnt dort, wo wir eine grundsätzliche Desillusionierung des gegenwärtigen Zustands progressiver Politik wahrnehmen. Wir denken, dass sich diese Ernüchterung nicht einfach durch puren Willen abschütteln lässt - durch ein einfaches „Weiter so!“. Sie muss stattdessen explizit angesprochen werden und selbst als ein Objekt der Kritik zugänglich gemacht werden. Daher beginnen wir mit dem, was uns unmittelbar entgegentritt.

Die Platypus Review wird von der Einsicht motiviert, dass die Linke orientierungslos ist. Wir möchten ein Forum für ein weites Spektrum an Strömungen und Ansätzen innerhalb der Linken bieten - nicht, weil wir Inklusion und Pluralität als Selbstzweck ansehen, sondern weil wir Uneinigkeit provozieren und gemeinsame Ziele als Orte der Auseinandersetzung eröffnen wollen. Auf diesem Weg könnten die aus den alten politischen Auseinandersetzungen resultierenden Anschuldigungen zum Zweck der Klärung des Objekts linker Kritik fruchtbar gemacht werden.

Die Platypus Review setzt sich zum Ziel, eine Plattform zu schaffen und zu erhalten, die eine Erforschung und Klärung von Positionen und Orientierungen, die heute innerhalb der Linken vertreten werden, möglich macht; einen Ort, an dem Fragen aufgeworfen und Diskussionen verfolgt werden können, die ansonsten nicht stattfinden würden. Solange die Beiträge eine ehrliche Bereitschaft für dieses Projekt zeigen, werden sie in unserer Diskussion berücksichtigt.

gefördert von:



## PLATYPUS IM DEUTSCHSPRACHIGEN RAUM



Weitere Infos zu den  
Chaptern gibt es auf:



- **MITARBEITERINNEN UND MITARBEITER**
- **Chefredakteur**
- Tobias Rochlitz
- **Korrektorinnen und Korrektoren**
- Jim Igor Kallenberg
- Thuy Linh Pham
- Florian Piffel
- Jonas Reiber
- **Designer**
- Max Hörügel
- Jakob Trescher
- **Web-Editor**
- Lucas Burisch
- **Social Media Editor**
- Jonas Reiber
- **Versand**
- David Ewert

In deiner Stadt gibt es noch keine Platypus-Aktivitäten? Du interessierst dich für unsere Lesekreise und Veranstaltungen in anderen Ländern? Du möchtest aus einem anderen Grund mit uns in Kontakt treten? Kein Problem, schreibe uns einfach eine E-Mail an [platypusvirtual@gmail.com](mailto:platypusvirtual@gmail.com) und wir setzen uns mit dir in Verbindung!

### Richtlinien zur Einsendung von Beiträgen

Artikel in der Platypus Review haben normalerweise eine Länge von 5000-40.000 Zeichen (mit Leerzeichen), längere Beiträge können auch berücksichtigt werden. Für entsprechende Anfragen und Beiträge bitte eine Email an [die.platypus.review@gmail.com](mailto:die.platypus.review@gmail.com) senden.